

Die nächste ORF-Wahl? „Im Juni spätestens“

Medien. Geht es nach der FPÖ, sind die Tage von ORF-Chef Roland Weißmann gezählt. Auch sein Rückhalt in der ÖVP bröckelt. Die Regierung sollte Einfluss auf Gremien abgeben, will ihn aber übers Personal sichern.

Der ORF bringt sich derzeit gegen die Angriffe der FPÖ in Stellung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gilt mit seiner Berichterstattung schon lang als Feindbild der Freiheitlichen, aber auch die ÖVP ist zunehmend unzufrieden. Die FPÖ will die Haushaltsabgabe abschaffen, den ORF auf einen „Grundfunk“ zusammenstreichen. FPÖ und ÖVP wollen den ORF finanziell an die Kandare nehmen (die Rede ist von bis zu 200 Millionen Euro weniger Budget) und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein (weiteres) Sparprogramm verordnen. Der ORF reagiert mit einer internen Info-Offensive. Erst hat die Generaldirektion den Mitarbeitern in einem Info-Folder Argumente an die Hand gegeben, wie sie sich für den Erhalt der Haushaltsabgabe einsetzen und für den ORF – z.B. als „verlässliche Informationsquelle“ – werben können. Am Mittwoch legte der Redaktionsrat mit einem internen Rundmail nach, aus dem der „Standard“ zitiert. FPÖ und ÖVP wollten den ORF schwächen und beeinflussen, heißt es da: „Wer über das Geld bestimmt, kann über die Richtung bestimmen.“ Der Hintergrund: Sollte der ORF künftig tatsächlich aus dem Budget (statt über die erst 2024 eingeführte Haushaltsabgabe) finanziert werden, hätte ihn die Regierung am Gängelband. Aber nicht nur über die Finanzen will die Regierung den ORF nach ihrem Willen gestalten. Auch personelle Pläne werden ventiliert. Zuletzt hat der blaue Stiftungsrat Peter Westenthaler auf Oe24.tv gemeint, dass seiner Ansicht nach mit Inkrafttreten eines neuen ORF-Gesetzes die ORF-Führung neu ausgeschrieben werden müsse. Das Gesetz muss bis Ende März repariert sein, weil die Regierung laut Verfassungsgerichtshof zu viel Einfluss auf die ORF-Gremien hat. „Man kann ins Gesetz hineinschreiben, dass der Stiftungsrat die ORF-Geschäftsführung binnen vier Wochen neu auszuschreiben hat, das wäre dann im April. Dann gibt's spätestens im Juni eine Wahl“, rechnete Westenthaler vor. Zwar müssten die Gehälter der Geschäftsführung aufgrund der laufenden Verträge bis Ende 2026 ausbezahlt werden. Aber FPÖ und ÖVP dürften sich die Gelegenheit wohl eher nicht entgehen lassen, mit der ohnehin notwendigen Sanierung des ORF-Gesetzes ihren Einfluss auf die Führungsetage zu zementieren. Die ÖVP soll sich noch in der Dreierkonstellation (ÖVP–SPÖ–Neos) für einen Vierer Vorstand ausgesprochen haben – anstelle des ORF-Alleingeschäftsführers und vier Direktoren. Als Geschäftsführer oder Vorstandsvorsitzender soll NÖ-Landesdirektor Alexander Hofer genannt worden sein. Auch die Wiedereinführung eines ORF-Generalsekretärs (der die Führungsebene unterstützt und die Interessen des Unternehmens nach außen vertritt) wurde diskutiert, was freilich am eisernen Sparwillen etwas zweifeln lässt. Dem Vernehmen nach soll ORF-Kommunikationschef Martin Biedermann dafür gehandelt worden sein. Aber daraus wurde ja bekanntlich nichts. Nun verhandelt die FPÖ mit der ÖVP. Weniger Spitzenpositionen sollen es werden, da ist man sich einig. Man hört, dass einmal mehr Richard Grasl als Generaldirektor gehandelt wird. Der ehemalige ORF-Finanzdirektor musste sich bei der ORF-Wahl 2016 dem Sozialdemokraten Alexander Wrabetz geschlagen geben und widmet sich mittlerweile als Geschäftsführer von Mediaprint und „Kurier“ dem Mediengeschäft des Raiffeisen-Konzerns. Für höhere Weihen auf einem FPÖ-Ticket werden auch Ex-ORF-Online-Direktor Thomas Prantner, ORF3-Geschäftsführerin Kathrin Zierhut-Kunz und Magazin-Chefin Lisa Totzauer genannt. Stiftungsrat Westenthaler will auch die Chefredakteure entmachten: Drei seien zu viele. Einer würde reichen, findet er. Der Redaktionsrat betont die Verpflichtung zur Objektivität. Man werde sich die Unabhängigkeit von niemandem nehmen lassen.